

Letzte Meldungen

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin**

Band (Jahr): **121 (1995)**

Heft 28

PDF erstellt am: **21.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Sozialdemokraten für und gegen Armee

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz hat an ihrem jüngsten Parteitag einstimmig beschlossen, sich für und gleichzeitig gegen eine bewaffnete Schweiz einzusetzen. Nur mit dieser klaren Haltung, werde es der SP im Herbst möglich sein, «möglichst viele Stimmen auf sich zu vereinigen», zeigte sich die Parteileitung überzeugt. Ob sich die SP nach den überstandenen eidgenössischen Wahlen für eine der beiden Marschrichtungen entscheidet, ist derzeit ebenso unklar, wie das Profil der schweizerischen Sozialdemokratie verwischt ist. «Unsere Partei», sagen die führenden SP-Strategen, «muss näher an die Wählerinnen und Wähler heran, und das tut sie am besten, indem sie sich die im Volk verbreitete Orientierungslosigkeit aufs Banner schreibt. Dank dieser Politik kann sie sich Stimmen in allen möglichen Lagern sichern.» Auf die fehlenden politischen Visionen angesprochen, entgegnet die SP-Führung trocken: «Wir waren schon immer in erster Linie dagegen.» Dass nun, da die Bürgerlichen die Oppositionsrolle ebenfalls für sich beanspruchen, plötzlich alle dagegen seien und deswegen vergessengehe, wogegen überhaupt angekämpft werde, sei «nicht die Schuld der Linken», wehren sich die kampfeslustigen

und entscheidungsfreudigen regierenden Oppositionspolitiker, «sondern ist jenen zuzuschreiben, die unsere Art des Politisierens abgekupfert haben und noch extremer kultivieren».

Werden die Bundesräte ausgewechselt?

Die sieben amtierenden Mitglieder der schweizerischen Regierung müssen sich auf turbulente Wahlen gefasst machen: Ihnen allen droht im Herbst die Nicht-Wiederwahl in den Bundesrat. Seitdem die *Neue Zürcher Zeitung* Christoph Blocher als Bundesratskandidat ins Gespräch gebracht hat – um ihn «in die Verantwortung einzubinden», haben zahlreiche andere op-

positionelle Kreise ihr Recht auf direkte Mitsprache in der Landesregierung reklamiert. Nebst den Freiheitlichen, den Schweizer Demokraten und der Eidgenössisch-Demokratischen Union (EDU) interessieren sich auch Splittergruppen wie die Aktion «Weniger Staat, mehr Schweiz – Miesch!» sowie die Fraktion ehemaliger TV-Flimmerer (der sogenannte «Vetterli-Reimann-Schaller-Gosztonyi-Verband») für einen Sitz im Siebnergremium. Nicht zur Diskussion steht nach Auskunft von Polit-Experten die Abschaffung des Bundesrates zugunsten eines verantwortungsvoll politisierenden Parlamentes – mangels fähiger Kandidatinnen und Kandidaten.

Petition gegen Petition gegen Petition

Gegen die von der Eigenössisch-Demokratischen Union (EDU) lancierte Petition «für die Förderung gesunder Familien und gegen die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare» – sie wurde als Petition gegen die Petition für die Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Paare lanciert – ist von einem unabhängigen Aktionskomitee die «Petition zur Förderung gesunder Familien und gegen das Diktat falscher Moralapostel» eingereicht worden. Wie die Eidgenössisch-Demokratische Union am Wochenende mitteilte, will sie ihrerseits eine weitere Petition lancieren gegen die Gegenpetition zur Gegenpetition zur Petition «linker und homosexueller Kreise».

VORSCHAU

Darauf hat die Schweiz gewartet, nun ist die Entdeckung des Jahres da: In Kandersteg sind Adolf Ogis frühe Tagebücher gefunden worden. Lesen Sie nächste Woche, was den heute so berühmten Mann damals beschäftigt hat – exklusiv und quasi live im Nebelspalter! Ebenfalls Beachtung schenken sollten wir den Sorgen und Ängsten der kleinen Leute: Professor Leidwerker tut's, wie immer unter Wahrung strengster Diskretion. Schreiben auch Sie ihm, wenn Sie nicht mehr weiterwissen!

Drogenabgabe vorübergehend stoppen?

Die kontrollierte Abgabe von Drogen an Schwerststüchtige soll nach dem Willen der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP) vorübergehend gestoppt und erst nach den Wahlen im Herbst wieder erlaubt werden. Zu diesem Schritt fühle sich die Partei gezwungen, nachdem seit der Schliessung der Zürcher Drogenszene «ein eigentliches politisches Vakuum eingetreten sei, besonders im Bereich der Jugendpolitik», schreibt die FDP.

